

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Heidi Wright, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Winfried Hermann, Albert Schmidt (Ingolstadt), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/3467 –**

Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans 2002 – 2012 forcieren

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/3708 –**

Radverkehr fördern – Fortschrittsbericht vorlegen

A. Problem

Zu Nummer 1

Mit dem Nationalen Radverkehrsplan 2002–2012 (NRVP) liegt ein Masterplan für eine umfassende Förderung des Fahrradverkehrs vor. Der Bund soll Motor des NRVP sein und den Radverkehr zu einem integralen Bestandteil seiner Bundesverkehrspolitik machen. Das Ziel, eine Steigerung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr zu erreichen, ist seit Verabschiedung des NRVP schwieriger geworden. Das Fahrrad ist das Verkehrsmittel, dessen Potenzial noch nicht ausgeschöpft ist. Die Einsatzmöglichkeiten des Fahrrads sind vielfältig. Es bedarf daher verstärkter, zielgerichteter Anstrengungen auf allen Ebenen, um das Ziel einer „deutlichen Erhöhung des Radverkehrs“ bis 2012 in die Tat umzusetzen.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem zum Ziel hat, die Bundesregierung aufzufordern, den Fortschrittsbericht zum Nationalen Radverkehrsplan unverzüglich vorzulegen; sicherzustellen, zu prüfen, ob Beförderungspflichten im Eisenbahnverkehr auf Fahrräder ausgedehnt werden können; die für den Radwegebau an Bundes- und Wasserstraßen bereitgestell-

ten Mittel auch in Zukunft aufrechtzuerhalten und die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung des NRVP gegen Einsparungen an anderer Stelle zur Verfügung zu stellen; das bestehende Konzept für eine fahrradtouristische Koordinierungsstelle endlich umzusetzen; den Druck und die anschließende Verbreitung einer Deutschlandkarte mit Fernwegen und D-Netz bei der Industrie anzuregen; die detaillierten Informationen über die D-Netzrouten zusammenzuführen und die Basis für eine Grundlagenuntersuchung „Fahrradtourismus“ zu schaffen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, mit den Ländern eine Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes anzustreben, mit dem Ziel, mindestens 5 Prozent der Mittel zweckbestimmt zur Förderung des Radverkehrs auszugeben; im Haushalt 2005 eigene Fahrradtitel einzuführen, den Mittelansatz von 100 Mio. Euro für den Radwegebau an Bundesstraßen zu verstetigen und davon dauerhaft mindestens 2 Mio. Euro für nicht investive Maßnahmen zur Umsetzung des NRVP einzustellen; dafür Sorge zu tragen, dass die Mittel für den Radwegebau an Bundeswasserstraßen zügig abfließen können; aus der Analyse des Ordnungsrahmens bezüglich der Hemmnisse für die Fahrradnutzung geeignete Vorschläge zu deren Abbau zu machen; Kampagnen zur Förderung des Radverkehrs durchzuführen, die Deutsche Bahn AG aufzufordern, ein Konzept für die Fahrradmitnahme im Fernverkehr unter Berücksichtigung des ICE vorzulegen, das Radfernwegenetz (D-Netz) weiter auszubauen und durch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle gemeinsam mit den Ländern für die Umsetzung eines hohen Ausbau- und Beschilderungsstandards zu sorgen.

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/3467 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/3708 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/3467 und Annahme des Antrags auf Drucksache 15/3708.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/3467 – anzunehmen;
2. den Antrag – Drucksache 15/3708 – abzulehnen.

Berlin, den 28. Oktober 2004

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Heidi Wright
Berichterstatterin

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Heidi Wright und Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/3467 in seiner 118. Sitzung am 1. Juli 2004 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/3708 in seiner 126. Sitzung am 23. September 2004 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. In seiner 129. Sitzung am 30. September 2004 hat er die Vorlage nachträglich zusätzlich an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Zu Nummer 1

Der Antrag auf Drucksache 15/3467 beschreibt unter anderem, dass mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Nationalen Radverkehrsplan 2002–2012 (NRVP) ein Masterplan für eine umfassende Förderung des Fahrradverkehrs vorliege. Der Bund solle Motor des NRVP sein und den Radverkehr zu einem integralen Bestandteil seiner Bundesverkehrspolitik machen. Das Ziel, eine Steigerung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr zu erreichen, sei seit Verabschiedung des NRVP schwieriger geworden. Der NRVP sei noch von einem Radverkehrsanteil von 12 Prozent ausgegangen. Jüngste Zahlen zeigten, dass der Radverkehrsanteil nur noch 9 Prozent betrage. Es bedürfe daher verstärkter, zielgerichteter Anstrengungen auf allen Ebenen, um das Ziel einer „deutlichen Erhöhung des Radverkehrs“ bis 2012 in die Tat umzusetzen. Der Antrag hat unter anderem zum Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die vorhandenen Kompetenzen zu einer eigenständigen Arbeitseinheit für die Belange des Radverkehrs zu bündeln, mit den Ländern eine Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes anzustreben, mit dem Ziel, mindestens 5 Prozent der Mittel zweckbestimmt zur Förderung des Radverkehrs auszugeben; im Haushalt 2005 im Einzelplan 12 eigene Fahrradtitel einzuführen, den Mittelansatz von 100 Mio. Euro für den Radwegebau an Bundesstraßen zu verstetigen und davon dauerhaft mindestens 2 Mio. Euro für nicht investive Maßnahmen zur Umsetzung des NRVP einzustellen; dafür Sorge zu tragen, dass die Mittel für den Radwegebau an Bundeswasserstraßen zügig abfließen können; aus der Analyse des Ordnungsrahmens bezüglich der Hemmnisse für die Fahrradnutzung geeignete Vorschläge zu deren Abbau zu machen; Kampagnen zur Förderung des

Radverkehrs durchzuführen, die Deutsche Bahn AG aufzufordern, ein Konzept für die Fahrradmitnahme im Fernverkehr unter Berücksichtigung des ICE vorzulegen, das Radfernwegenetz (D-Netz) weiter auszubauen und durch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle gemeinsam mit den Ländern für die Umsetzung eines hohen Ausbau- und Beschilderungsstandards zu sorgen.

Zu Nummer 2

Der Antrag hat vor allem zum Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, den Fortschrittsbericht zum Nationalen Radverkehrsplan unverzüglich vorzulegen; sicherzustellen, dass die neu gebildete Arbeitseinheit „Fahrradverkehr“ zu einer schlagkräftigen Steuerungsgruppe zur Umsetzung des NRVP ausgebaut wird; zu prüfen, ob die Beförderungspflicht von Personen und Reisegepäck auf Fahrräder ausgedehnt werden kann; die für den Radwegebau an Bundes- und Wasserstraßen bereitgestellten Mittel auch in Zukunft aufrechtzuerhalten; die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung des NRVP gegen Einsparungen an anderer Stelle zur Verfügung zu stellen; die Kooperationsbereitschaft des BMVBW im Umgang mit den Bund-Länder-Arbeitskreisen sicherzustellen; das bestehende Konzept für eine fahrradtouristische Koordinierungsstelle endlich umzusetzen; den Druck und die anschließende Verbreitung einer Deutschlandkarte mit Fernwegen und D-Netz bei der Industrie anzuregen; die detaillierten Informationen über die D-Netzrouten zusammenzuführen und die Grundlagen für eine Ausschreibung mit anschließender Auftragsvergabe für eine Grundlagenuntersuchung „Fahrradtourismus“ zu schaffen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 20. Oktober 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 23. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 29. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 30. September 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Anträge in seiner 56. Sitzung am 20. Oktober 2004 beraten. Er hat diese Anträge gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Den Fahrradtourismus in Deutschland umfassend fördern“ auf Drucksache 15/2155 beraten, für den die Federführung beim Ausschuss für Tourismus liegt.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, man sei in der Wahrnehmung des Fahrradverkehrs schon einmal weiter gewesen und sei hier zurückgefallen. Man sei aber nun politisch auf einem sehr guten Weg. Sie lobte Teile der Anträge der Fraktion der CDU/CSU; diese seien auch in dem Antrag der Koalition enthalten. So sei insbesondere die Unterstützung der Fahrradmitnahme im Fernverkehr der DB AG wichtig. Teile der Anträge der Fraktion der CDU/CSU lehne man

aber ab, da sie im Rahmen der Bundeszuständigkeit nicht vollziehbar seien. Man könne den Anträgen daher insgesamt nicht zustimmen

Die **Fraktion der CDU/CSU** bekundete, man liege in Bezug auf das Thema Fahrradverkehr in vielen Bereichen auf einer Linie. Während die Koalition der Auffassung sei, man müsse mit kleinen Schritten vorgehen, halte man große Schritte für erforderlich. Man benötige eine größere Vernetzung, mehr Verbindungen und mehr Finanzmittel. Sie sprach sich dafür aus, das Thema immer wieder aufzugreifen und es zu vertiefen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bekundete, es gebe einen gemeinsamen Nenner, mehr für den Radverkehr zu tun. Man habe 2002 einen sehr ambitionierten Nationalen Radverkehrsplan vorgelegt. Vieles sei aber nur langsam umgesetzt worden, weshalb man sich nun für eine Beschleunigung einsetze. Es gebe nun innerhalb der Regierung endlich eine eigenständige Einheit, die sich dem Radverkehr widme. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz wolle man für die Förderung des Radverkehrs öffnen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, den Inhalt der Anträge könne man grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis nehmen. In dem Antrag der Koalition würden die Leistungen der Bundesregierung aber übertrieben und die Praxis stimme nach den Auskünften der Verbände auch nicht mit diesen Schilderungen überein.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen nahm den Antrag auf Drucksache 15/3467 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP an. Den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/3708 lehnte er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP ab.

Berlin, den 28. Oktober 2004

Heidi Wright
Berichterstatlerin

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Berichterstatler

